

FDP-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Sindelfingen

Rede zur Verabschiedung des Haushaltsplans 2020 am 28.07.2020 – Andreas Knapp

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren Kollegen des Gemeinderats, welch ein merkwürdiges Jahr und welch ein merkwürdiger Haushalt, den wir heute verabschieden: Sieben Zwölftel des Jahres sind bereits vergangen und wir alle geben uns nicht der Illusion hin, wir könnten in diesem Jahr 2020 noch viel steuern. Wir werden ein Defizit in einer Größenordnung von 60 Mio. Euro einfahren und dieses Defizit aus der Rücklage ausgleichen, die wir in den letzten Jahren gebildet haben. Vielleicht gelingt es uns noch, dieses Defizit ein wenig zu mindern, große Weichenstellungen werden wir heute nicht vornehmen und haben wir in der vergangenen Woche bei den Ausschussberatungen auch nicht mehr vorgenommen.

I.

Das Grundproblem unseres städtischen Haushalts ist nicht die Corona-Krise.

Das Grundproblem sind auch nicht zurückgehende Steuereinnahmen, obwohl dies auf den ersten Blick so aussieht. Das Grundproblem unseres städtischen Haushalts ist das **Ausgabenniveau**, das wir gemeinsam seit vielen Jahren auf eine Höhe gehoben haben, die einen Haushaltsausgleich nur bei exorbitant guten Einnahmen ermöglicht, wie wir sie in den letzten Jahren hatten. Aber: Selbst in sehr guten Jahren ist es uns manchmal nicht gelungen, die Abschreibungen zu refinanzieren, wie es das Haushaltsrecht vorschreibt, damit die Stadt nicht von der Vermögenssubstanz lebt.

Als Beleg für meine These nehme ich einen Bereich, in dem wir immer einstimmig alle Ausgaben beschlossen haben, den uns die Fachleute nahegelegt haben, so dass sich jetzt keine Partei speziell angegriffen fühlen muss:

Die Vorstellung, wie Kindertagesstätten finanziert werden, orientieren sich landesweit an einigen gängigen Orientierungszahlen: 67 Prozent der laufenden Ausgaben finanziert das Land über Zuschüsse, 20 Prozent der laufenden Ausgaben finanzieren die Eltern, den Rest von 13 Prozent finanziert die

Gemeinde aus Steuergeldern und allgemeinen Zuweisungen. Zugegeben: Manche wohlhabende Städte bieten diese oder jene Sonderleistung an, die sie selbst finanzieren müssen, aber das Sindelfinger Niveau erreicht keine.

Nach dieser Rechnung müssten sich die Ausgaben für Kindertagesstätten in Sindelfingen in einer Größenordnung von 15 Mio. Euro bewegen, vielleicht ein wenig mehr.

Tatsächlich geben wir in Sindelfingen für die Kindertagesbetreuung in unseren eigenen Einrichtungen inkl. der internen Verrechnungen 34 Mio. Euro aus, davon finanzieren 10 Prozent die Eltern und 30 Prozent das Land durch Zuschüsse. Die Differenz von 60 Prozent finanzieren wir traditionell aus Steuermitteln, die wir jetzt nicht mehr in diesem Umfang haben. Der Grund liegt einerseits in den günstigen Gebühren, die wir alle gemeinsam beschlossen haben, andererseits aber in einem Ausgabenumfang, der von Sonderleistungen und –angeboten und hervorragenden Arbeitsbedingungen geprägt ist, die sich viele andere Städte und Gemeinden nicht leisten können.

Man könnte viele andere Bereiche nehmen und dieses Rechenwerk durchführen – wir alle sind viele Jahre in die Vollen gegangen und müssen jetzt eine möglichst elegante Bremsung hinlegen.

Und mit dieser Einleitung ist an einem Beispiel die Herausforderung beschrieben, vor der wir jetzt stehen. Im Unterschied zu früheren Finanzkrisen können wir nicht einfach überwintern, d.h. zwei, drei Jahre lang von den gesammelten Rücklagen leben wie die Eichhörnchen, die am Ende des Winters verzweifelt im Waldboden nach fetten Haselnüssen suchen und oft vergessen haben, wo sie sie vergraben haben.

Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir jetzt sieben magere (nein eigentlich: normale) Jahre bekommen, die uns zwingen, unser Ausgabenniveau zu reduzieren – realistisch, effektiv, sozialverträglich und ohne Jammern.

Ich will die Gelegenheit heute nutzen, ein paar Leitlinien aufzuzeigen, an denen wir uns orientieren müssen, wenn wir unseren städtischen Haushalt konsolidieren wollen.

1. Den laufenden Haushalt sollten wir niemals aus Schulden finanzieren.
2. Wir müssen davon ausgehen, dass die Steuereinnahmen die nächsten fünf Jahre etwa konstant bleiben. Die Gewerbesteuer wird sich bei 30 Mio. Euro einpendeln, der Anteil an Einkommensteuer und Umsatzsteuer wird einen Inflationsausgleich enthalten, sich aber nicht wesentlich erhöhen. Durch die Grundsteuerreform wollen wir keine Mehrbelastung für die Bürger verursachen. Die kommunalen Steuern sind ausgereizt. Unser Steueraufkommen wird sich also zwischen 100 und 110 Mio. Euro bewegen.
3. Davon werden wir Umlagen bezahlen müssen. Ich lasse die Sonder-situation 2020 und 2021 weg, für die wir teilweise Vorsorge getroffen haben. Danach werden sich die Umlagen zwischen 60 und 65 Mio. einpendeln. Wir müssen davon ausgehen, dass der Landkreis seinen Finanzbedarf nicht senken wird und deshalb bei sinkender Steuerkraft die Kreisumlage ab 2022 wieder in Richtung 40 % erhöhen wird. FAG-Umlage und Gewerbesteuerumlage ergeben sich aus dem Gesetz.
4. Es bleiben uns also netto 40 Mio. Euro Steuern, wenn wir Glück haben 45 Mio. Steuern. Dazu kommen die allgemeinen Schlüsselzuweisungen vom Land und – wenn wir Glück haben – Zuweisungen nach mangelnder Steuerkraft. Die Verwaltung hat hier mutig mit einem Zuwachs von 20 Mio. Euro gerechnet, so dass wir vielleicht mit allgemeinen Zuweisungen von 25 Mio. Euro rechnen dürfen. Dazu kommen Konzessionsabgaben und Gewinnabführungen in einer Größenordnung von 5 Mio. Euro, so dass wir mit viel Optimismus über nicht zweckgebundene Netto-Einnahmen von 75 Mio. Euro verfügen.
5. Und jetzt kommt die andere Seite der Bilanz: Die Teilhaushalte (ohne den Teilhaushalt 90) melden in diesem Jahr einen Nettoressourcenbedarf von 88 Mio. Euro, im nächsten Jahr wird dieser Bedarf noch steigen. Also müssen wir, um den Haushalt nachhaltig auszugleichen, mindestens 13 Mio. Euro einsparen, das sind 15 % von 88 Mio. Euro. Für das nächste Jahr

hat die Verwaltung schon einmal eine Personalkostensteigerung um mehr als 10 Prozent in die mittelfristige Planung eingestellt. Ich kann nicht erkennen, woher dieses Geld kommen soll.

6. Damit ist der Bremsweg umschrieben, den wir in den nächsten beiden Jahren zurücklegen müssen: 2021 können wir ein kleines Defizit noch aus den Rücklagen ausgleichen, 2022 kämen wir ohne Einsparungen an das Ende der Fahnenstange. Also müssen wir bis zum Beginn des Jahres 2022 den Ressourcenbedarf jedes einzelnen Amtes gegenüber heute um 15 Prozent reduzieren – effektiv, realistisch, ohne Jammern und sozialverträglich.

Unsere Aufgabe bei der Haushaltskonsolidierung ist es also, mit jedem Amt über 15 % Einsparung des Nettoressourcenbedarfs zu verhandeln. Und zum Stichwort „realistisch“ sagen erfahrene Unternehmensberater: 15 Prozent gehen in einem Unternehmen, das ernsthaft auf Sparkurs geht, immer. Sie gehen allerdings nicht schmerzfrei. Die Bürger werden merken, dass uns 15 Prozent fehlen. Wir Stadträte werden merken, dass das Füllhorn als Allzweckwaffe ausgedient hat, und Sie, Herr Oberbürgermeister, müssen lernen, dass sie nicht auf jedes neue Problem, das sich neu stellt, wie der Pawlowsche Hund auf die Glocke mit dem Stichwort: „Dafür brauche ich zusätzliches Personal“ reagieren dürfen.

III.

Lassen Sie mich ein paar Worte zu Personaleinsparungen sagen. Wie bekommt man das hin ? Nicht, indem man wartet, dass die Verwaltung ihren Personal-körper selber kürzt. Dazu müssen wir im Gemeinderat die Werkzeuge auspacken und nutzen. Es gibt mehrere Möglichkeiten.

Bequem, aber sehr zufallsabhängig ist es, eine Stellenbesetzungssperre zu verhängen, die solange gilt, bis die Ziele erreicht sind. Das Problem könnte sein, dass wir am Schluss zum Beispiel alle Sozialarbeiter und Erzieher behalten, aber keine Ingenieure mehr haben.

Den Stellenplan nach Kräften zusammenzustreichen, ist möglich, aber führt erfahrungsgemäß zu bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen in den Beratungen,

weil jede Interessengruppe natürlich ihr Personal mit Zähnen und Klauen verteidigt.

Deshalb möchten wir vorschlagen, nach den Erfahrungen norddeutscher Bundesländer und Städte für die nächsten fünf Jahre eine Personalkostenbudgetierung vorzusehen, die es den Teilhaushalten nur dann erlaubt, Stellen zu besetzen, wenn dafür Geld im Budget vorhanden ist. Damit im jeweiligen Amt Personal zügig und doch sozialverträglich abgebaut werden kann, wird für Projekte und dringenden Bedarf eine Personalreserve aufgestellt, in das Personal aus den Ämtern abgeordnet werden kann. In Hessen ist es unter Ministerpräsident Koch auf diese Weise gelungen, einen aus den Fugen geratenen Personalhaushalt wieder in Ordnung zu bringen.

IV.

All jenen Bürgern und Vereinen, die von der Stadt Sindelfingen Zuschüsse zu laufenden Ausgaben und zu Personalausgaben bekommen, müssen wir heute schon ankündigen, dass sie sich spätestens zum Jahresende 2021 darauf einstellen müssen, dass ihre Zuschüsse ebenfalls um 15 % gekürzt werden. Diese Kürzung wird alle Bereiche erfassen, egal ob Kirchen, Sportvereine, Künstler oder Jugendverbände unsere Partner sind.

Ich denke, die Bürger werden diese Situation verstehen und mit dieser maßvollen Reduzierung vernünftig umgehen.

V.

Auch in den technischen Ämtern müssen wir Arbeit reduzieren, indem wir Aufgaben abbauen: Vielleicht täte es gut, wenn wir ein paar der großen Investitionsvorhaben, die wir auf den Weg gebracht haben, auf die Zeit nach 2025 verschieben und im Moment keine weitere Arbeit in sie investieren. Wenn wir ehrlich sind, glauben wir selbst nicht daran, dass alles, was wir diskutieren, bis 2025 umgesetzt wird oder mit der Umsetzung begonnen wird.

Vielleicht müssen wir auch ein paar Strukturen reformieren, die unnötige Mehrarbeit verursachen.

Jede Entscheidung, die auf dem Flugfeld getroffen wird, beschäftigt zwei Planungsämter, zwei Baubürgermeisterinnen, zwei Oberbürgermeister und zwei Gemeinderäte. Hier wäre eine einfachere Gestaltung denkbar.

Durch den permanenten Wechsel an der Spitze des gemeinsamen Bauhofs kommt Sand ins Getriebe und Doppelarbeit wird induziert – lassen wir das doch dauerhaft von einem der beiden Stadtoberhäupter erledigen. Über die Delegation von Bauvorhaben an die Wohnstätten Gesellschaft haben wir schon diskutiert, die CCBS bietet sich laufend für die Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben im Eventbereich an. Wir werden dazu noch weitere Vorschläge machen.

VI.

Und jetzt komme ich last but not least auf unsere Investitionen zu sprechen: Wir haben voller Eifer in den letzten Jahren üppigste Investitionsprogramme beschlossen, manches ist geplant, manches begonnen, manches nicht einmal geplant, ganz wenig ist abgeschlossen.

Unser Vorschlag ist: Lassen Sie uns Tabula rasa machen und zu Beginn des Jahres 2021 mit einem neuen Investitionsplan arbeiten. Alle nicht verbrauchten Investitionsmittel und Ermächtigungsübertragungen werden gestrichen und wir entscheiden neu, welche Investitionen wir neu beginnen. Die bereits begonnenen werden natürlich zu Ende gebracht.

Und dann planen wir realistisch, was wir in den nächsten fünf Jahren schaffen.

Dabei sollten nach unserer Auffassung Investitionen, die die Innenstadt betreffen, eine hohe Priorität erhalten: zum Beispiel die Sanierung der Tiefgarage und die Sanierung des Hirsch und für das Volksbankareal wäre es am besten, wenn wir so schnell wie möglich einen Investor finden, der dort ein Gebäude errichtet, das etwas ganz Besonderes ist. Auch das Radwegenetz sollten wir weiter entschlossen umsetzen.

Weniger dringend sind andere Investitionen – das Floschenstadion kann notfalls noch ein bisschen warten und die große Sanierung des Badezentrums werden wir vor Ablauf Ihrer Amtszeit, Herr Oberbürgermeister, weder beginnen noch zu Ende bringen. Also sollten wir die technischen Ämter damit gegenwärtig auch nicht belasten.

Diese Prioritäten müssen wir genau besprechen. Realistisch, effektiv, ohne zu jammern und sozialverträglich. Wir können uns vorstellen, dass wir einzelne Investitionen auch durch Schulden finanzieren, denn sie bleiben uns ja dann auch für Jahre. Allerdings müssen wir dann im Ergebnishaushalt Jahr für Jahr akkurat die Abschreibungen erwirtschaften, denn dahinter steckt im Falle der Verschuldung die ordentliche Tilgung. Also will eine Investitionsfinanzierung auf Schuldenbasis gut überlegt sein.

VII.

Meine Damen und Herren, Sie merken schon: Wenn wir sonst einen Haushalt verabschieden, ist es das Ende eines Prozesses. Heute ist die Haushaltsverabschiedung der Auftakt zu einem Prozess, der schwieriger wird als viele Haushaltsberatungen zuvor.

Krempeln wir die Ärmel hoch. Beginnen wir mit der Arbeit.

Bis zum Jahresende müssen wir eine Vorstellung haben, wie wir den Ressourcenbedarf im laufenden Betrieb um 15 Prozent reduzieren können und wie wir die Investitionen in den nächsten fünf Jahren priorisieren.

An diesem Ziel sollen uns die Bürger messen. Packen wir's an.